
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

NEUORDNUNG LÄNDERFINANZAUSGLEICH

30.04.2010

„Bedingungslose Solidarität kann in Zukunft niemand mehr von uns abverlangen. Eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ist, zur Not auch auf dem Klageweg, unumgänglich“, sagten die Fraktionsvorsitzenden **Florian Rentsch** (Hessen), **Dr. Hans-Ulrich Rülke** (Baden-Württemberg) und **Thomas Hacker** (Bayern). Ein System, das nicht die notwendigen Anreize dafür setze, dass die Nehmerländer ein Interesse daran haben, die Ausgleichsmittel in die Entwicklung und Stärkung ihrer eigenen Wirtschaftskraft zu investieren, sei auf Dauer nicht akzeptabel. „Niemand kann von den Geberländern verlangen, unter großen Anstrengungen ihre eigenen Haushalte zu konsolidieren und ihr Leistungsniveau ständig zu überprüfen, während die Nehmerländer mit Mitteln des Länderfinanzausgleichs Leistungen erbringen, die in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg schon lange nicht mehr vorstellbar sind“, so die FDP-Fraktionsvorsitzenden.

„Da es nicht realistisch ist, dass wir uns gegen die Mehrheit der Nehmerländer mit Argumenten durchsetzen, bleibt uns letztlich nur die Klage. Das Ziel muss sein, dass wir für unsere Finanzkraft weniger bestraft werden. Im Klartext: Wir wollen weniger bezahlen“, sagte Dr. Hans-Ulrich Rülke, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg. Es könne keine Solidarität ohne eigene Anstrengungen der Nehmerländer geben: darauf hätten auch die Geberländer einen berechtigten Anspruch. Zudem würden die teilweise erheblichen Belastungen für die Menschen, die Teil einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung seien, derzeit nicht hinreichend

berücksichtigt. „Es kann nicht sein, dass beispielsweise die Steuereinnahmen aus dem Betrieb des Frankfurter Flughafens in andere Länder abfließen, der Fluglärm aber in Hessen bleibt. Wir brauchen einen Nachhaltigkeitsfaktor im Länderfinanzausgleich“, betonte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Florian Rentsch.

Niemand, so erklärte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Thomas Hacker, bestreite die Notwendigkeit einer Grundsolidarität der Länder untereinander. „Im

Interesse unserer Bundesländer und in Verantwortung gegenüber den Menschen in unserem jeweiligen Bundesland ist die bestehende Situation jedoch nicht länger hinnehmbar.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de